

Gedenken an zerstörte Hauptsynagoge



Jo-Achim Hamburger, Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, bei seiner Rede anlässlich des Gedenkens an die 1938 von den Nazis zerstörte Synagoge. Rechts ist Jan Gehrke vom Arbeitskreis „Suchet der Stadt Bestes“ zu sehen. Foto: Marco Puschner

JÜDISCHES LEBEN Der IKGN-Vorsitzende Jo-Achim Hamburger fordert dazu auf, die Demokratie zu verteidigen.

Marco Puschner

Am 10. August 1938 haben die Nationalsozialisten die Nürnberger Hauptsynagoge zerstört. Daran erinnerten der Arbeitskreis „Suchet der Stadt Bestes“ und die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg (IKGN) auf dem Hans-Sachs-Platz.

Dieses Gedenken, betonte dabei Christine Kayser, sei keine Pflichtübung: „Aus Erinnerung erwächst Haltung – und Haltung zeigt sich erst, wenn es ungemütlich wird.“ Die SPD-Stadträtin, die in Vertretung des Oberbürgermeisters Marcus König (CSU) sprach, machte deutlich, dass die Zerstörung der Synagoge vor 88 Jahren nicht als isoliertes Ereignis zu verstehen sei, sondern als „Teil eines Zivilisationsbruchs, der nicht erst in den Vernichtungslagern begann“.

Auf die Frage, ob man genug aus dieser Vergangenheit gelernt habe, gebe die Realität im Jahr 2026 eine „bedrückende Antwort“, führte Kayser aus. Bedrohungen und Beleidigungen gegen Jüdinnen und Juden seien in Deutschland „bittere Normalität“ geworden. Auch in Nürnberg erlebe man Antisemitismus, sagte Jan Gehrke vom Arbeitskreis „Suchet der Stadt Bestes“.

„Der Schutz jüdischen Lebens“, folgerte Kayser, „ist keine abstrakte historische Pflicht – er ist eine akute, tägliche Verpflichtung.“ Dabei habe Antisemitismus viele Gesichter – er komme aus dem Rechtsextremismus, dem islamistischen Extremismus und erscheine auch dort, „wo er sich als vermeintlich legitime Israelkritik tarnt“. Wenn Menschen in Deutschland für die Politik eines Staates verantwortlich gemacht würden, sei eine Grenze überschritten, betonte die SPD-Stadträtin. Ganz ähnlich argumentierte der IKGN-Vorsitzende Jo-Achim Hamburger in seiner Rede, als er darauf hinwies, dass sich doch auch hier lebende Türken nicht für die Politik von Präsident Recep Tayyip Erdoğan rechtfertigen müssten. Warum sei dies bei Juden anders?

„Die Obsession, mit der man sich mit Israel beschäftigt, ist absurd“, sagte Hamburger. Dabei gebe es angesichts der Umfragewerte der AfD genügend Gründe, sich erst einmal mit dem Geschehen vor der eigenen Haustür zu befassen. „Lasst uns die Demokratie verteidigen!“, appellierte Hamburger an die Zuhörer.

„Rassisten und Antisemiten leben vom Schweigen der Mehrheit“, hatte zuvor schon Kayser betont. „Deshalb müssen wir widersprechen – im Alltag, im Gespräch, im öffentlichen Raum.“ Wegschauen sei keine Option: „Wer wegschaut, wenn jüdisches Leben angegriffen wird, beschädigt damit seine eigene Integrität und die Werte unserer gesamten Demokratie.“ Dem Hass müsse man entgegentreten, sagte die SPD-Rätin. „Dafür braucht es unseren Mut, unsere Solidarität und unsere Haltung.“